Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und Filialannahmestellen entgegen. – Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Anzeigenpreise: Die 8-spaltige Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, amtliche Zeile 40 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 9018

Nr. 78 | Dienstag, den 1. April 1924 | 19. Jahrgang

Dr. Stresemann zur großen Koalition.

Ein fruchtbare Reichspolitik mit der Sozialdemokratie unmöglich.

Im Verlaufe seiner weiteren Ausführungen auf dem Hannoverschen Parteitag der deutschen Volkspartei wandte sich am Montag Dr. Stresemann bei Behandlung der Innenpolitik gegen das Mißverständnis, daß die Idee der Volksgemeinschaft identisch sei mit der Idee der großen Koalition. Unsere Idee war in ihrem Ideal das Zusammenwirken von rechts bis zu einer staatsbejahenden Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie

hat ihre Hemmungen, sich bewußt zum staatlichen Aufbau und zum Zusammenarbeiten mit anderen Parteien zu bekennen, zu bezahlen gehabt mit großer innerer Zersetzung und großem Verlust ihrer Anhänger. Ich möchte mich dabei nicht des Fehlers schuldig machen, die Phrase auszusprechen, daß die Sozialdemokratie überwunden sei. Aber wenn die Werbekraft der Sozialdemokratie abgenommen hat, wenn dem Volke klar geworden ist der große Gegensatz zwischen dem, was sie theoretisch versprach und praktisch durchzusetzen vermochte, so haben wir sie nicht dadurch überwunden, daß wir sie in die Opposition stießen, sondern dadurch, daß wir sie zur verantwortlichen Mitarbeit heranzogen. Eine Weigerung des ganzen Bürgertums zur Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie wäre das Ende des Staates und der Uebergang zum Bolschewismus gewesen.

Wir hatten die Aufgabe, dem Volke klarzumachen, daß mehr gearbeitet werden müßte, und hatten weiter die furchtbare Frage, wie wir aus dem Währungsverfall herauskämen. Wenn Sie diese drei Monate nehmen und das, was nach dem gekommen ist und wozu in dieser Zeit der Grund gelegt wurde, so sehen Sie nach dieser Zeit Ruhe in Sachsen und Thüringen, an Stelle des Währungsverfalls die Rentenmark, einst verspottet und befehdet von jenen, die sich heute ihre Väter nennen. Dann sehen Sie nach der Liquidierung des Ruhrkampfes auch den Weg einer Neugestaltung durch die Berufung Internationaler Sachverständiger.

Jedermann wußte, was in Sachsen und Thüringen vor sich ging. Ich fürchte nicht den

Kommunismus

als Idee. Er ist eine fremde Schlingpflanze, die nicht auf deutschem Boden gewachsen ist. Aber ich fürchte, daß einmal Elend und Not diesen Volksverführern die Massen zuführt. Wenn meine Regierung sich dazu bekannt hat, diesen Kampf gegen den Kommunismus zu führen — und wir haben ihn geführt — dann hätte man erwarten sollen, daß diejenigen, die immer sprechen von der Durchsetzung der Autorität der Regierung daß die ihr zur Seite traten, aber nicht von Bayern aus der Regierung in die Flanke gefallen wären. (Lebhafte Zustimmung.) Diese ganze Bewegung hatte die Massen, aber die Köpfe habe ich noch nicht entdeckt. Alle diese Dinge sind ein schwarzes Blatt in der deutschen Geschichte, sind eine geschichtliche Erziehung des Deutschen zum politischen Denken, damit er einmal sieht, daß Diktaturen nicht dadurch werden, daß sie die Diktatur satzungsgemäß erstreben, sondern nur dadurch, daß sie Fähigkeiten in sich haben, innerhalb der Verfassung etwas zu leisten. Der Schrei nach der Diktatur war der größte politische Dilettantismus, der sich damals in unserer Entwicklung abgespielt hat. Wir brauchen nicht „Los vom Marxismus", denn wir sind niemals darin gewesen. Die Schaffung einer wertbeständigen Währung ist die stärkste antimarxistische Tat, die seit der Revolution in Deutschland vor sich gegangen ist. Die Einsetzung von Reichswehr zur inneren Ordnung ist doch schließlich mehr eine Maßnahme vom Standpunkt des alten Preußens, als eine Maßnahme vom Standpunkt marxistischer Denkungsweise gewesen. Wenn die Sozialdemokratie für den Einmarsch in Sachsen und Thüringen mitgewonnen war, wenn eine andere Tat, daß wir Deutschen einem Mann eine Heimstätte gewährten, der vom Feinde verfolgt war, mit der Zustimmung der Sozialdemokratie geschah, dann war dem Heimgekehrten ein ganz anderer Empfang gesichert, als wenn er von einer Parteiregierung herbeigerufen worden wäre.

Nun ein Blick in die Zukunft!

Die Dinge gehen im Volke nach dem Extremen hin. Die Sozialdemokratie wird große Verluste erleiden. Aber diese Verluste sind auch für uns insoweit wenig erfreulich, als sie die Massen vielfach zum Kommunismus treiben. Wir haben auf der anderen Seite die Bewegung der Deutschvölkischen Partei... Keiner weiß welche Gefühle in ihr stärker sind: der Kommunismus nach innen oder das nationale Gefühl nach außen, beides Gefühle, von denen wir keinen Gebrauch machen können. Diese Bewegung scheint sehr die Massen aufzuwühlen, aber ich glaube nicht, daß diesem Aufwühlen eine praktische Arbeit folgen wird. Die Sozialdemokratie fürchtet sich, innere Klarheit herbeizuführen. Schon damals, als die Sozialdemokratie in der Großen Koalition stand war es fast unmöglich, mit ihr zu regieren, weil das Kabinett bei jeder Entscheidung davon abhängig war ob der Parteivorstand in der Fraktionssitzung mit 65 gegen 60 Stimmen siegte oder mit 60 gegen 65 Stimmen unterlag. Diese Partei hat zum Ausdruck gebracht, daß diese radikalen Elemente für sie maßgebend sind. Solange nach dieser Richtung keine Klärung eingetreten ist, ist eine fruchtbare Reichspolitik mit ihr nicht zu führen.

Wenn die Deutschnationalen an der Regierung teilnehmen werden, werden sie in wenigen Wochen sehen, wie ganz anders die Dinge sich darstellen, wenn man verantwortlich handelt, als in den Wahlversammlungen. Eine deutschnationale Regierung wird den Beamtenabbau nicht aufheben, den Steuerdruck nicht vermindern. In der Außenpolitik wird sie genau so gebunden sein durch die Konsequenzen des verlorenen Krieges wie wir. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß die Politik einer künftigen bürgerlichen Regierung zum Mittelpunkt die Auffassung haben wird und muß, die sich mit unseren Auffassungen deckt. In Zeiten der Not schaut das Volk immer nach einem Heiland aus. Trotzdem wird man auch in dieser Zeit nur vorwärtskommen durch sachliche Arbeit. Mich tröstet, daß trotz vieler trostloser extremen Erscheinungen das Gold einer vaterländischen nationalen Grundauffassung sich durchsetzen wird. (Stürmischer Beifall.)

Nach der hierauf erfolgten Aussprache erteilt Dr. Stresemann das Wort zu einer Schlußansprache, in der er auf die Abtrennung der „Nationalliberalen Vereinigung" einging und dann mit einem Hinweis auf die bevorstehenden Wahlen schloß.

Die Grundlinien des Sachverständigen-Berichtes.

Vor der Uebergabe an die Repko.

Nach den Angaben der Pariser Zeitungen werden die Sachverständigen wahrscheinlich am Mittwoch, spätestens aber am Freitag, ihren Bericht der Reparationskommission übergeben. Dieser Bericht soll sehr umfangreich sein und an Stärke dem Vertrag von Versailles in nichts nachstehen. Im ersten Teil des Berichtes würden die Hilfsquellen des Reiches dargelegt werden, was Deutschland zu zahlen imstande sei. Dieser Teil sei in drei Abschnitte gegliedert:

1. Das deutsche Budget für die nächsten Jahre;
2. die Einnahmen der gesamten deutschen Eisenbahnen unter dem Gesichtspunkte der Garantie für eine internationale Anleihe;
3. die Einkünfte, die durch die Garantien der Industrie und Landwirtschaft, der Monopole und auf andere Art erzielt werden können.

Dieser Bericht des ersten Ausschusses werde als die wichtigste Grundlage für die kommenden Verhandlungen betrachtet.

Das Moratorium, melden Pariser Blätter, werde vielleicht etwas anders aussehen als bisher gesagt wurde. Zwei Jahre lang solle Deutschland außer den Sachlieferungen nichts wesentliches aufzubringen haben. Die Sachverständigen seien der Ueberzeugung daß die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands in der Ruhepause einen ungeahnten Aufschwung nehmen würden, und sie hätten außerdem daran gedacht, in jedem Falle ein Sicherheitsventil zu öffnen. Sollte während der Zeit des Moratoriums es sich herausstellen, daß Deutschland tatsächlich die späteren Leistungen nicht aufbringen könne, dann dürfte dafür gesorgt sein, daß eine Zeitlang die für die Reparationen bestimmten Summen ganz oder zum Teil zur Verfügung des Reiches bleiben.

Inzwischen bringt der Pariser „Excelsior" die angeblichen Grundlinien des von den Sachverständigen empfohlenen Planes. Danach spreche der Bericht der Sachverständigen grundsätzlich aus, daß Deutschland nur durch einen Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr und durch den Ueberschuß der Reichseinnahmen über die Ausgaben bezahlen könne. Deutschland solle eine auswärtige Kredithilfe erhalten, für die die Gesamtheit seiner Einnahmequellen, einschließlich des Ruhrgebiets, als Garantie dienen werden. Es werde Deutschland ein Moratorium von drei Jahren zugestanden. Während dieser Zeit solle das Reich nur die Leistungen aus den Sachlieferungen, dem Ausgleichsverfahren und gewisse Beträge für die Besatzungskosten zahlen.

Wie von Berliner unterrichteter Seite mitgeteilt wird ist die Mission des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in Paris noch nicht beendet. Die Angelegenheit der Goldnotenbank insbesondere sei noch vollkommen unaufgeklärt. Die Entscheidung über die Einzelheiten könne erst fallen, wenn die Sachverständigen gesprochen hätten und die Repko ihre endgültige Entscheidung getroffen haben werde. Voraussichtlich wird Dr. Schacht bereits in der nächsten Woche wieder eine Reise nach Paris antreten.

Dunkle Umtriebe deutscher Sozialdemokraten in England.

Wie die Londoner Agentur der Internationalen Tradeunion von parlamentarischer Seite erfährt, ist die an Deutschland gerichtete Entwaffnungsnote auf die Initiative deutscher sozialistischer Kreise zurückzuführen. Die Regierung Baldwin hatte bis zu ihrem Abgang den Standpunkt eingenommen, daß Deutschlands Entwaffnung vollendet sei und gegenüber Frankreich sich geweigert neue Forderungen an Deutschland zu stellen. Lord Curzon erklärte, als er von der neuen Note hörte, daß er von dem Vorgehen der Labourregierung in dieser Frage überrascht sei, da englischerseits kein Grund vorgelegen habe, Frankreich die gewünschte Unterstützung anzubieten. Von den Ministern des Arbeitskabinetts sind Snowden, Henderson und Shaw die eigentlichen Hauptagenten in dieser Angelegenheit, die sie auf Verlangen deutscher Sozialistenführer, die in London weilten, Macdonald vorgetragen haben sollen. Macdonald selbst hat mit den deutschen Sozialisten nicht verhandelt. Die Unterhausmitglieder, welche über die Angelegenheit näher orientiert sind, erklärten betreffs der Ursache dieser eigenartigen Stellungnahme der Arbeiterregierung daß die pazifistische Idee durch eine Stärkung der deutschnationalen Partei in Deutschland verloren gehen werde. Um neuen Gefahren internationalen Charakters vorzugreifen vertrete die englische Arbeiterregierung den Standpunkt daß gerade in der militärischen Frage eine fremde Kontrolle auf die deutsche imperialistische Gefahr der Deutschnationalen hemmend wirken könne. Auf die Frage, ob die Arbeiterregierung auch den französischen Sozialisten Unterstützung leisten werde gegen den französischen Militarismus, erwiderten die Unterhausmitglieder, daß eine solche Unterstützung von den französischen Sozialisten nicht verlangt worden sei. J

Diese Meldung ist recht dunkel und klingt unglaublich durch und durch; aber man darf nicht vergessen, daß Deutschen und nur Deutschen, wenn sie Pazifisten werden (siehe Quidde), solche Schuftereien zuzutrauen sind.

Ostsachsentagung der Deutschen Demokratischen Partei.

Unter sehr starker Beteiligung traten am Sonntag im Landtagsgebäude in Dresden die Vertreter des Wahlkreisverbandes Ost-Sachsen der Deutschen Demokratischen Partei zu einer Tagung zusammen, die der Aufstellung der Kandidatenliste für die Reichstagswahl und der Vorbereitung des Wahlkampfes gewidmet war.

Im Anschluß an die Kandidatenaufstellung ergriffen die beiden Spitzenkandidaten Bürgermeister Dr. Külz und Landtagsabgeordneter Dr. Dehne das Wort zu programmatischen Ausführungen über die politische Lage im Hinblick auf die bevorstehende Wahl.

Bürgermeister Dr. Külz

führte aus, daß die Deutsche Demokratische Partei mit aller Zuversicht in den Wahlkampf eintrete, nachdem die kürzlich stattgefundenen Wahlen, besonders die Gemeindewahlen in Sachsen für sie ein günstiges Ergebnis gehabt haben. Wenn auch zugestanden werden muß, daß das parlamentarische System im verflossenen Reichstag stark diskreditiert worden ist, von der Rechten und von der äußersten Linken, weil man dort grundsätzlicher Gegner dieses Systems ist und von den Sozialdemokraten, weil dort vielfach die parteipolitische Taktik über das Verantwortlichkeitsbewußtsein gegenüber der Gesamtheit gestellt worden ist, so muß doch berücksichtigt werden, daß der Reichstag beständig unter einem außenpolitischen Druck gestanden hat, wie keine parlamentarische Körperschaft vor ihm. Er war andauernd vor die Notwendigkeit gestellt, die schicksalsschwersten Entscheidungen in Fragen zu treffen, die das gesunde nationale Empfinden des deutschen Volkes bis in seine letzten Tiefen aufrühren mußten. Die politische Aufgabe aller ihrer politischen Verantwortung Bewußten ist die Verhütung einer Radikalisierung des künftigen Reichstages. Eine Radikalisierung nach rechts hin würde zweifellos im Sinne der Vernichtungspolitik Poincares gegenüber Deutschland gelegen sein. Ebenso entschieden muß der Kampf gegen eine Radikalisierung von links her geführt werden, die dem Bolschewismus freie Bahn schaffen würde.

In der inneren Politik verlangen die Lebensbedürfnisse von Staat und Wirtschaft mit gebieterischer Notwendigkeit vor allem die dauernde Stabilisierung unserer Währung. Die von demokratischer Seite seit Jahren geforderte Festigung der Währung ist aber nicht möglich ohne schwere Einschränkungen und Eingriffe in die Interessensphäre des einzelnen. Dabei handelt es sich jedoch lediglich um Notmaßnahmen. Insbesondere müssen die jetzigen Beamtengehälter, die völlig unzulänglich sind und deshalb eine schwere Gefahr für die Beamtenschaft und für den Staat bedeuten, so